

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 23 (1982)
Heft: 6

Artikel: Erdgas Sibirien-Westeuropa
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093758>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Peter Sager zum grössten Ost-West-Geschäft aller Zeiten

Erdgas Sibirien - Westeuropa

Das Projekt einer Gaspipeline von Jamal im sibirischen Tjumen-Erdölgebiet nach Westeuropa, für das Westdeutschland federführend ist und an dem besonders auch Frankreich und Italien beteiligt sind, ist in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht näherer Prüfung wert.

Ursprünglich war der Bau einer grossformatigen Rohrleitung (1,5 m Durchmesser bei 100 atü Druck) auf eine Distanz von rund 6000 km vorgesehen worden. Mittlerweile stehen zwei Leitungen mit halbem Durchmesser und 75 atü Betriebsdruck zur Diskussion, wobei auch die etappenweise Verwirklichung zunächst der einen Leitung in Betracht gezogen wird.

Das erste Projekt sah einen Aufwand von insgesamt rund 30 Milliarden DM vor, wovon je ein Drittel auf Arbeit (von der UdSSR zu finanzieren), ferner auf Röhrenlieferungen sowie auf Pumpen, Kompressoren und weitere Einrichtungen entfallen sollten.

Von der Bundesrepublik Deutschland allein erwartet die Sowjetunion einen Kredit von etwa 10 Milliarden DM. Die Bezahlung soll durch Gaslieferungen von jährlich 40 Milliarden Kubikmeter ab 1985 erfolgen. Für die Bundesrepublik sind, soweit bekannt, 12, für Frankreich 8, Italien 7, Belgien 6, die Niederlande 4 und Oesterreich 3 Milliarden Kubikmeter jährlich vorgesehen.

An kleineren Mengen Erdgas ist unter anderen Ländern auch die Schweiz interessiert.

Die Mannesmann AG ist als hauptsächlichster Rohrlieferant und die Ruhrgas AG als wichtigster Gasabnehmer vorgesehen. Das deutsche Interesse liegt auf der Hand: Sicherung eines Grossauftrages sowie der Energieversorgung. So scheint es sich um eine rein deutsche Angelegenheit zu handeln.

Die Abhängigkeitsfrage

Mit der Realisierung des Jamal-Projektes würde der Anteil der Sowjetlieferungen am Gasverbrauch Westeuropas insgesamt von 9% (1980) auf 25% (1985) steigen, jener der Bundesrepublik von 16 auf mindestens 30%, Frankreichs von 7 auf 30% und Italiens von 23 auf ebenfalls rund 30%.

Im Hinblick darauf, dass der Lieferant im vorliegenden Fall die Sowjetunion ist, muss doch gefragt werden, ob 30% nicht bereits eine zu weitgehende und damit gefährliche Abhängigkeit herstellen.

Der Grund für diese Skepsis liegt einerseits in der *politischen Zielsetzung Moskaus*, nämlich der hegemonialen Stellung. Wenn für die jüngere Generation der widerrechtliche (weil in Verletzung der Abkommen von Jalta erfolgte) Aufbau des osteuropäischen Satellitenreiches bereits der vorgegebenen Geschichte angehört — vermutlich auch die Ereignisse in Ungarn 1956 — so ist sie an die Verteidigung des sowjetischen Besitzstandes bis hin zu Polen und an die offensive Verfolgung dieses Herrschaftsanspruches bis in die neuste Zeit zu erinnern: Kuba, Vietnam, Laos, Angola, Moçambique, Südjemen, Libyen, Syrien, Kambodscha, Kongo und Afghanistan sind Meilensteine auf diesem Weg. Die nächsten könnten Nordjemen und Iran heissen.

Andererseits hat im Hinblick auf diese politische Zielsetzung die Sowjetunion eine *geschlossene Gesellschaft* organisiert, wodurch auch die *gesamte Wirtschaft total vom Staat kontrolliert* wird und sich daher nicht nach ihrer Eigengesetzlichkeit verhalten kann. Die Frage einer Abhängigkeit von sowjetischen Lieferungen ist mithin unter wesentlich anderen Gesichtspunkten zu beurteilen als jene von Lieferungen aus Ländern mit einer andern Gesellschaftsordnung.

Der Hauptgrund liegt im Umstand, dass der totalitäre Staat sich weniger von vertraglichen und rechtlichen Rücksichten als von rein *macht-politischen* Interessen leiten lässt. Im Falle von Staatsverträgen kann die sehr mangelhafte sowjetische Vertragstreue leicht nachgewiesen werden, seit Beginn der bolschewistischen Herrschaft und bis heute (Afghanistan).

Sowjetische Verletzungen von Wirtschaftsverträgen mit der ersten Welt sind bisher selten geblieben, aber gegenüber der dritten Welt sind sie öfters vorgekommen (etwa gegenüber China, Indien, Ägypten, Somalia, Iran und Afghanistan). Der Grund liegt darin, dass die offensichtliche Verletzung wirtschaftlicher Abkommen mit der industrialisierten Welt die sowjetische Kreditwürdigkeit mindern und gar Wirtschaftsanktionen bewirken könnte, welche die Sowjetunion sehr stark fürchtet. Die Verletzung von Staatsverträgen hat bisher keine vergleichbaren Folgen gezeitigt.

Trotzdem sind solche Verletzungen häufiger, als man gemeinhin annimmt. Bei Nichteinhaltung von Wirtschaftsverträgen beruft sich der sowjetische Geschäftspartner in der Regel auf «höhere Gewalt», entzieht sich aber der Nachprüfung des Tatbestandes. In vielen derartigen Fällen würde es sich nämlich erweisen, dass technische Inkompetenz die Hauptverantwortung trägt.

Gefährlicher ist indes die bewusste Nichteinhaltung wirtschaftlicher Verträge aus politischen Gründen.

Wenn es an solchen Beispielen aus Westeuropa oder Nordamerika noch fehlt, so liegt der Grund darin, dass die Sowjetunion solche Massnahmen nur im entscheidenden Augenblick trifft, dann etwa, wenn eine revolutionäre Situation entsteht und der Krug zum Ueberlaufen gebracht werden soll. Aufgrund ihrer Verhaltensweise seit 1917 und ihrer ideologischen Linie würde in einem solchen Moment die Sowjetunion gewiss nicht vor dem Bruch eines Wirtschaftsvertrages zurückschrecken.

Je umfangreicher ein Geschäft, je stärker damit die Bindung zur Sowjetunion, desto grösser das Risiko eines Vertragsbruches aus politischen Gründen. Dieser könnte bereits dann eintreten, wenn schon allein mit dem Hinweis auf die Angebots- bzw. Nachfragemacht eine Konzession — wie z. B. ein politisches Wohlverhalten — «gewünscht» würde.

Gerade dieser Umstand muss Veranlassung sein, dass zu den wirtschaftlichen Überlegungen über die Opportunität eines derartigen Geschäftes in einer Demokratie auch die politischen herangezogen werden. Denn sonst wird die Politik auf gefährliche Weise durch die Wirtschaft präjudiziert, die Verantwortung aber doch der Politik überbunden.

Der Verantwortungsbereich

Mit diesem Geschäft sind Verantwortungsprobleme in einem sehr weiten Raum aufgeworfen, eben weil es sich um einen Vertrag zwischen ungleichen Geschäftspartnern (Privatwirtschaft — Staatswirtschaft) aus ungleichen Gesellschaftsordnungen (offene Gesellschaft — geschlossene Gesellschaft) handelt.

Die Verantwortung an einem in seinen Folgen grenzübergreifenden Geschäft kann kein europäisches Land mehr, auch nicht von der Grösse der Bundesrepublik, allein tragen; es gehört im Grunde bereits in die Kompetenz eines Länderkonsortiums von der Art der Europäischen Gemeinschaft. Denn welche Regierung, welche noch so grosse Unternehmung kann für einen Kredit von 10 Milliarden DM überhaupt grade stehen? Keine Regierung und keine Unterneh-

mung könnte Verluste solchen Ausmasses decken, ohne sie auf den Steuerzahler, mithin auf das Volk abzuwälzen.

Zumal von der UdSSR paradoxerweise *weniger* statt *mehr* Sicherheiten verlangt werden als von andern Geschäftspartnern. Die Privatwirtschaft und die demokratischen Regierungen lassen sich gelegentlich etwas zu leicht die sowjetischen Bedingungen diktieren, nur weil die UdSSR bisher ein Interesse daran hatte, Wohlverhalten zu bekunden.

Ein Geschäft vom Ausmass des Jamal-Projektes hätte erfordert, dass über die Sicherstellung der Kredite hart verhandelt wird. Eine glaubwürdige Sicherheitsleistung wäre beispielsweise die Verpfändung der sowjetischen Handelsflotte oder die Einräumung lückenloser Kontrollmöglichkeiten. Der Hinweis, das sei im Ostgeschäft nicht üblich, beweist nicht, dass solche Sicherheiten nicht doch erhältlich sein könnten.

Fragwürdig — und das vom Standpunkt der Verantwortung aus — ist ferner die Koppelung des Kredites für die Röhrenlieferungen mit der Gasabnahme als Bezahlung. Wäre dieses Junktim abgewiesen, wären Kreditvergabe sowie Gasabnahme getrennt behandelt worden, dann hätte das Problem der Verantwortung auf Dimensionen zurückgeführt werden können, die zu bewältigen sind.

Zum einen hätten dann wirklich für den Kredit reale Sicherheiten gefordert und geleistet werden müssen. Zum andern wäre die Gasabnahme nur

aufgrund von Konkurrenzpreisen erfolgt; da sie diesfalls nicht vertraglicher Bestandteil der Kredittilgung gewesen wären, hätte auch die Lieferabhängigkeit von der Sowjetunion in einem sehr viel milderem Licht beurteilt werden können. Das Fazit wäre somit gewesen: Röhrenlieferung ja, sofern sie nicht gegen Embargovorschriften verstösst und der Kredit gesichert ist; Gasabnahme ja, sofern kein Kaufzwang besteht und Konkurrenzpreise festgelegt werden.

Der Einwand, die Sowjetunion werde solche Bedingungen niemals annehmen, spricht in keiner Weise gegen diese Bedingungen. Zudem lässt er das sowjetische Interesse am Jamal-Projekt ausser acht.

Der sowjetische Devisenhunger

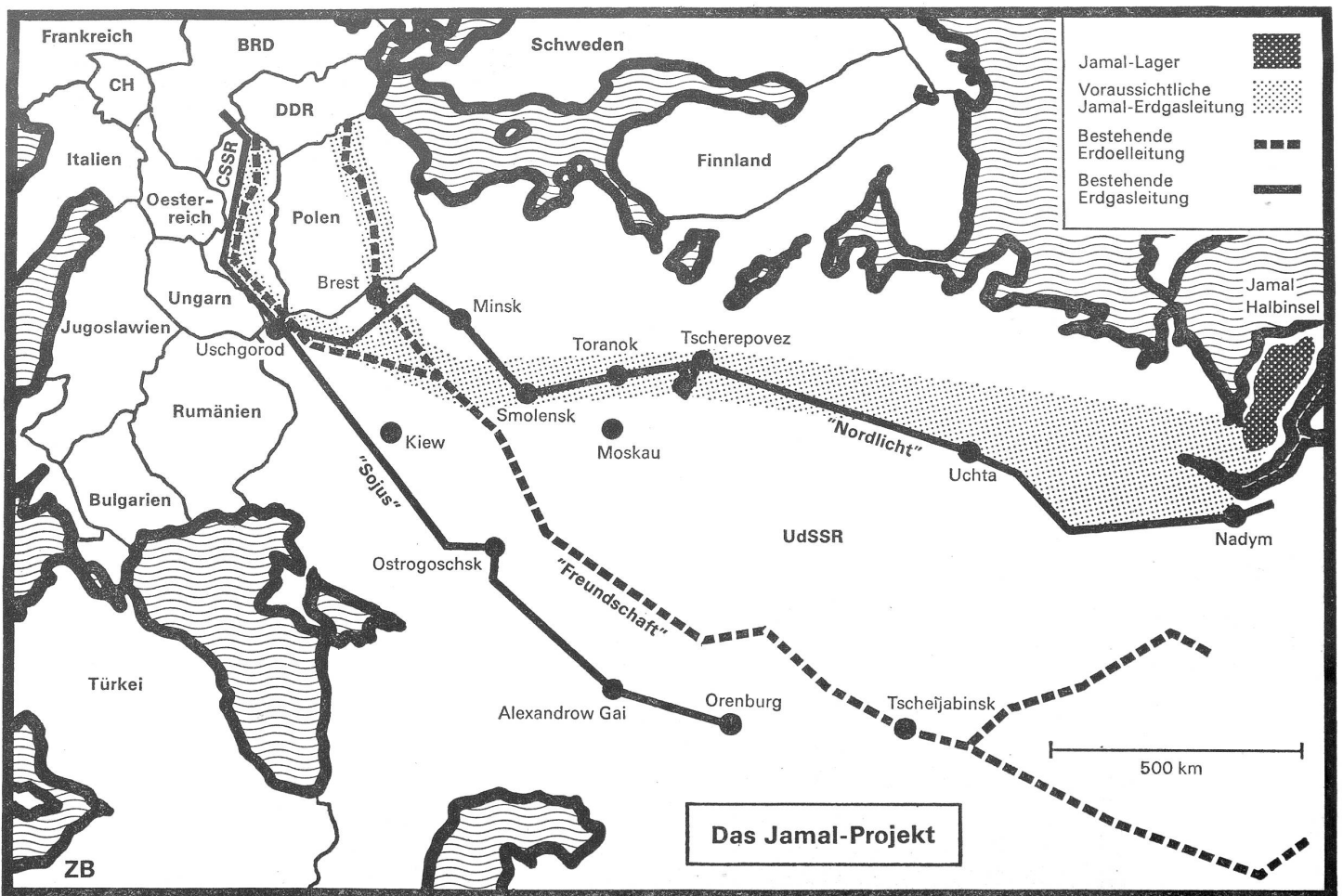
Die Sowjetunion ist der Welt grösster Erdölproduzent. Allerdings sind die Prognosen für die künftige Entwicklung der Erdölförderung nicht eben günstig. In der siebziger Jahren wurden die Planziele regelmässig nicht erreicht. Für 1980 legte der Plan eine Fördermenge von 606 und für 1981 ursprünglich von 630 Millionen Tonnen fest; es sind bloss 603 bzw. 609 Millionen Tonnen erreicht worden. Der neue Fünfjahresplan (1981—1985) sieht ein langsames Wachstum und für 1985 eine Produktion von 620 bis 645 Millionen Tonnen vor.

Nach Ansicht kompetenter Experten dürfte die Fördermenge 1985 zwischen 600 und 610 Millionen Tonnen betragen und bis 1990 auf 520

bis 560 Millionen Tonnen zurückfallen. Das wird bestätigt durch verschiedene Hinweise in der sowjetischen Fachpresse, in denen vorwiegend von einer «Stabilisierung der Fördermenge» gesprochen wird. So hat etwa Akademiemitglied Melentjew letztes Jahr festgestellt, dass der Anteil Erdöl am Energieverbrauch abnehmen wird.

Das leitet eine folgenschwere Entwicklung ein. Gegenwärtig liefert die UdSSR rund 80 Millionen Tonnen Erdöl an die osteuropäischen Satellitenstaaten und deckt über 75% von deren Erdölbedarf. Akademiemitglied Bogomolow hat in Aussicht gestellt, dass der sowjetische Anteil an der osteuropäischen Oelversorgung zurückgehen werde. Dieses Energiedefizit muss durch sowjetische Gaslieferungen kompensiert werden. Tatsächlich soll die Jamal-Leitung Osteuropa zusätzliche 10 Milliarden Kubikmeter Gas jährlich zuführen. Selbstverständlich wird in der gleichen Zeitspanne auch der sowjetische Energieverbrauch wachsen. Der Erdöllexport in den Westen wird mithin eine sinkende Tendenz aufweisen.

Nun bringt der Oellexport Moskau die grösste Deviseneinnahme. Etwa die Hälfte des Devisenerlöses von rund 18 Milliarden DM im Jahre 1979 dürfte auf Erdölexporte in die Hartwährungsländer entfallen sein. Auf diese Devisen bleibt die Sowjetunion existenziell angewiesen. Solange sie Westeuropa nicht beherrscht, muss sie den Zinsendienst der hochverschuldeten Comecon-Gruppe garantieren.



Energie-Waffe

Das Erdgas stammt von der Yamal-Halbinsel in Nordsibirien. Für den Bau einer Gasleitung von 5000 km von Sibirien nach Westeuropa werden die westeuropäischen Länder Stahlrohre und anderes in einem Wert von 15 Milliarden US-Dollar an die Sowjetunion liefern. Es ist klar, dass bei diesem Geschäft die Sowjetunion der grösste Nutzniesser ist. Wirtschaftlich wird sie jährlich über 7 Milliarden US-Dollar in Devisen kassieren, den Export in den Westen forcieren, mit den eingeführten modernen Technologien und Anlagen die eigenen technischen Engpässe überwinden und auch ihr militärisches Potential verstärken. Politisch kann ihr das Geschäft ermöglichen, die amerikanischen Sanktionen zu durchbrechen, einen Keil zwischen die USA und Westeuropa zu treiben, die westliche Allianz zu unterminieren und eine neue «Energiewaffe» zur Erpressung des Westens zu haben. Dies ist der Grund, warum die Sowjetunion eine beschleunigte Erschliessung der sibirischen Naturgas-Ressourcen «politisch und wirtschaftlich bevorzugt in Betracht gezogen» hat.

Beijing Rundschau, 23. 2. 1982

Angesichts des steigenden Eigenbedarfs und der sinkenden Eigenförderung sowie des Versprechens, den Satelliten bis 1985 20% mehr Energie zu liefern, wird zum einen der Devisenerlös aus Erdölverkäufen im Westen rapide abnehmen. Andererseits wird der Zwang zu Gaslieferungen* (sowohl an die Satelliten als auch an Westeuropa, hier um den Zufluss harter Devisen zu erhalten) immer stärker. Somit ist Moskau auf den Bau der Jamal-Gasleitung angewiesen. Deshalb darf angenommen werden, dass es auch kommerzielle Bedingungen akzeptiert hätte: Trennung des Kreditgeschäftes von der Gasabnahme, Sicherheiten und marktübliche Bedingungen für den Kredit, Konkurrenzpreise für die Gasabnahme.

In diesem Zusammenhang verdient die allzu gern verdrängte Tatsache Erwähnung, dass die Sowjetunion ihre Atomkraftwerke unbehindert baut und ausbaut, derweil ihre bewussten und unbewussten Mitläufer im Westen gegen die Kernenergie Sturm laufen, so unsere Oel- und Gasabhängigkeit verstärken und damit der Sowjetunion in die Hände spielen.

Moskau bleibt auf den Erlös harter Devisen unter anderem deshalb angewiesen, weil die Sowjetwirtschaft vom Technologieimport aus dem Westen abhängig ist, um die strategischen Ziele bei gleichzeitiger durchgehender und wirtschaftlich lähmender Kontrolle der Wirtschaft erreichen zu können.

Der sowjetische Technologiehunger

Der führende amerikanische Technologiespezialist Antony Sutton hat in einem dreibändigen

Werk nachgewiesen, dass über 90% aller zwischen 1917 und 1965 in der Sowjetunion angewandten neuen Technologie aus dem Ausland importiert worden ist. In einem kleineren Werk («Der leise Selbstmord», 1976) hat er zudem gezeigt, dass die sowjetische militärische Ueberlegenheit, die Europa heute berechnete Sorgen bereitet, auf die Westlieferungen strategischer Güter zurückzuführen ist. Zu ähnlichen Schlüssen gelangt eine neue Londoner Schrift von Philip Van der Elst, «Capitalist Technology for Soviet Survival», 1981.

In Klarschrift heisst das: Der Westen hat mit seinen langfristigen Krediten in den letzten 15 Jahren den Aufbau der sowjetischen militärischen Ueberlegenheit finanziert.

Der sowjetische Technologiehunger hat bezüglich des Jamal-Projektes noch eine besondere Bedeutung. Im Artikel «Das Gas, das aus der Kälte kommt» hat Prof. Dr. Werner Gumpel in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» am 1. Juli 1981 auf die zahlreichen ungelösten technischen Probleme des Jamal-Projektes aufmerksam gemacht. Nicht nur ist Moskau auf westliche Technologiehilfe angewiesen, weil es allein das Projekt gar nicht verwirklichen kann. Vielmehr ist letzteres technisch dermassen anfällig, dass «höhere Macht» als Erklärung für Investitionsüberschreitungen und Lieferausfälle zum voraus einprogrammiert ist.

Die politischen Aspekte

Das rein wirtschaftliche Interesse Westeuropas an dieser Erdgasleitung liegt auf der Hand: Die Energieversorgung erscheint besser abgesichert, und es können Arbeitsplätze erhalten bleiben. Beides sind gewichtige Argumente, namentlich in Zeiten eines Konjunkturrückganges und einer Zunahme der Arbeitslosen. Doch sind wir deswegen nicht der Pflicht zur sachlichen Prüfung enthoben.

Angesichts der politischen Zielsetzung des osteuropäischen Geschäftspartners ist es wahrscheinlich, dass sein Beitrag zu unserer Energie-

versorgung gelegentlich mit der Forderung nach politischen Konzessionen gekoppelt wird. Der Hinweis darauf, dass wir Arbeitsplätze erhalten müssen, deutet bereits eine Abhängigkeit von Moskau an. Schliesslich könnte der Zufluss sowjetischen Erdgases die dringend notwendige Suche nach Alternativenergien auf gefährliche Weise verzögern.

Bei einem stärkeren Partner würde Moskau aus einem solchen Geschäft kaum politische Dividenden abzweigen können. Je schwächer daher der Partner, desto günstiger die politischen Aussichten für die Sowjetunion. Das sogar aussenpolitisch gespaltene und uneinige Westeuropa stellt — allein — kein zureichendes Gegengewicht zur Sowjetmacht dar. Westeuropa ist auf die Allianz mit Nordamerika angewiesen.

Das Jamal-Projekt fördert nun aber nicht nur unsere Abhängigkeit von Moskau, sondern gefährdet die atlantische Allianz.

Es ist längst bekannt, dass die USA eine wachsende Energieabhängigkeit Westeuropas von der Sowjetunion mit grosser Besorgnis verfolgen. Im amerikanischen Senat und Kongress mehren sich die Stimmen, die den Rückzug der amerikanischen Truppen fordern, wenn sich Westeuropa nicht auf seine Pflichten zur Erhaltung seiner eigenen Unabhängigkeit besinnt. Als eine solche Pflichtvergessenheit wird verständlicherweise das Jamal-Projekt beurteilt. Durch dieses Geschäft könnte sich Westeuropa also des notwendigen amerikanischen Schutzes berauben, womit die Abhängigkeit von der Sowjetunion besiegelt wäre. Die widerlegbaren politischen Argumente zur Rechtfertigung dieses Geschäftes werden wir in einem nächsten Beitrag untersuchen.

Die Zeit ist jedenfalls gekommen, da die Gruppeninteressen einzelner westeuropäischer Staaten dem Allgemeininteresse der atlantischen Allianz unterstellt werden müssen. Auch und besonders bei Geschäftsabschlüssen, die über den Interessenkreis von Unternehmungen und sogar von einzelnen Ländern hinaus- und in gesellschaftliche sowie staatspolitische Dimensionen hineinreichen. ■

Einladung zum Abonnement

Zurückzusenden an Administration ZeitBild, Jubiläumsstrasse 41, 3000 Bern 6.

Ich bestelle ein Jahresabonnement **ZEITBILD** zu Fr. 39.– (Ausland sFr. 42.–/DM 48.–).
Erscheinungsweise alle zwei Wochen, Umfang 12 Seiten.

Name _____	Vorname _____
Strasse _____	PLZ, Ort _____
Datum _____	Unterschrift _____